

Pflege

Im Landkreis gibt es einen bestürzenden Mangel an Pflegeplätzen – und an Pflegepersonal. Das Fehlen der Pflegeplätze teilt sich eine Ursache mit dem fehlenden Personal: Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind traditionell unwürdig. Es fehlt an einer angemessenen Bezahlung genauso wie an einem gerechten Ausgleich für die harte, körperlich und seelisch fordernde Tätigkeit. Viele qualifizierte PflegerInnen gehen in die Schweiz, nachdem dort beiden Problemen abgeholfen wird. Hier paart sich eine bei weitem bessere Bezahlung mit ordentlichen Arbeitsplänen und ausreichend Personal pro Betreutem, um eine gute Pflege zu gewährleisten und die Arbeitslast auf vielen Schultern zu verteilen. Diese Probleme will ich angehen, indem wir die Entlohnungssituation für die MitarbeiterInnen in Pflegeberufen erheblich verbessern. Mit der Arbeitsmigration in der Pflege verhält es sich so wie mit den Schweizer Einkaufstouristen. Solange es Anreize in Geld gibt, über die Grenze zu gehen, wird es gemacht. Wenn es keine Notwendigkeit gibt, die Grenze zu überschreiten, dann wird es keine Wanderung mehr geben. Zugleich muss der Arbeitsdruck durch zusätzliches Personal gesenkt werden. Das kostet Geld – aber ein Altern in Würde muss uns das wert sein.

Wohnen im Alter

Die bestürzende Lage auf dem Wohnungsmarkt im gesamten Landkreis betrifft nicht nur alte Menschen, allerdings nimmt mit einer steigenden Altersarmut bei zu den Lebenshaltungskosten relativ sinkenden Renten die Personenzahl deutlich zu, die auf staatliche Unterstützung bei der Wohnungsfinanzierung angewiesen sind. Dagegen will ich mit aller Entschiedenheit angehen. Wir brauchen eine gesetzliche Mietpreisbremse, die auch bei Neuvermietung greift! Darüber hinaus müssen wir die Ausgaben im Sektor Sozialer Wohnungsbau erheblich erhöhen. Ich zähle hier nicht auf private Investoren. Es ist Teil des staatlichen Schutzauftrags, Jedem ein Dach über dem Kopf zu gewährleisten. Dem können wir uns als staatliches Gemeinwesen nicht entziehen, wenn wir feststellen, dass die Renditen des Eigentumswohnungsbaus Vermietung bei weitem übersteigt. Da müssen wir als Staat selbst ran. Eine Maßnahme, die Auswirkungen auf Ältere und Jüngere gleichermaßen hat, ist die Förderung von Wohnungstransition im Alter. Ich denke, wir müssen finanzielle Anreize für ältere Menschen schaffen, am Lebensabend, gerade bei eingeschränkter Mobilität, die alte, meist überdimensionierte Familienwohnung mit Treppen und anderen Störfaktoren aufzugeben und gegen geförderte Wohnungen mit ebenerdigen Zugang einzutauschen. Hier sollte das Land insbesondere einen Umbau zur Kompensation von Mobilitätseinschränkungen und anderen alterstypischen Behinderungen unterstützen.

Rente

Um eine würdige Rente zu garantieren müssen die Einnahmen der Deutschen Rentenversicherung steigen. Das kann nicht zulasten der arbeitenden Bevölkerung, i.e. durch Beitragssteigerungen funktionieren. Vielmehr müssen die Reallöhne in Deutschland erheblich steigen – gerade auch um das innereuropäische Lohndumping zulasten der anderen Mitgliedsstaaten der EU zu beenden. Wenn endlich angemessene Löhne in Deutschland gezahlt würden, dann wären die Anwartschaften der Rentenversicherung ausreichend, um auch im Alter ein Leben finanzierbar zu halten. Solange hier nicht nachgesteuert wird müssen wir über eine steuerliche Unterstützung der Rentenkassen nachdenken. Finanzieren ließe sich dies beispielsweise durch eine gerechte Erbschaftssteuer, die zugleich die wachsende Vermögenskonzentration auf einige wenige Hände in Deutschland verhindern würde. Damit würden FirmenerbInnen und Aktionärskinder zur Kasse gebeten. Eine Leistung haben diese für das Erbe nicht erbracht.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Ich möchte davor warnen, den irreführenden Eindruck zu erwecken, in Baden-Württemberg grassiert die Kriminalität. Baden-Württemberg ist ein sicheres Bundesland. Die Kriminalstatistiken weisen hier geringe Zahlen aus, gerade auch im Umfeld der Eigentumsdelikte und der Wohnungseinbrüche. Ein Mehr an Polizei führt häufig auch nicht zu tatsächlich erhöhter Sicherheit, sondern schlicht zu einem Gefühl von Sicherheit, das auch trügen kann. Tatsächlich gibt es jedoch in Baden-Württemberg einen erhöhten Bedarf nach Polizei. Die Arbeitsauslastung gerade der Beamten im Streifendienst ist zu hoch, nachdem auch hier Sparen, Sparen, Sparen die Devise war. Da müssen wir korrigierend wirken. Gerade im Bereich der Internetkriminalität, die besonders unerfahrene NutzerInnen immer wieder ereilt, gibt es Nachholbedarf. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass ein effektives Fahndungsteam für Betrug im Internet eingerichtet wird.

Mobilität

Mobilität ist das zweite angesprochene Thema, das nicht nur SeniorInnen betrifft, sondern Jedermann tangiert. Um unsere Gesellschaft ökologischer zu machen und in den großen Städten der Zukunft Bewegung zu ermöglichen müssen wir deutlich stärker auf öffentlichen Nahverkehr setzen. Im Landkreis ist das ÖPNV-Netz erfreulich gut ausgebaut. Allerdings litt der Kreis besonders unter Einsparungen der Deutschen Bahn im Mittelstreckenverkehr. Uns fehlen zuverlässige Anbindungen in Richtung Stuttgart. Zwar sind in diese Richtung momentan Verhandlungen im Gange, diese müssen jedoch dringend ausgebaut werden. Zugleich sind viele Bahnhöfe der Region sanierungsbedürftig und es fehlt an barrierefreien Zugängen. Hier ist auch die Deutsche Bahn in der Pflicht, ihren Kunden eine behindertengerechte Fahrt zu ermöglichen. Ich meine, da muss mehr Druck gemacht werden.

Anreize für die Nutzung des ÖPNV haben wir in Konstanz mit dem Sozialticket geschaffen. Ich halte das für eine tolle Lösung, die kreisweit Schule machen könnte. Der Fokus ist hier wiederum auf sozial bedürftige Menschen gerichtet: Mobilität ist Menschenrecht, jeder hat das Recht, am öffentlichen Verkehr teilzuhaben. Die, die es nicht aus eigener Finanzkraft stemmen können, haben einen Anspruch auf Unterstützung.

Allgemeines

Fahrtauglichkeitsprüfungen im Alter diskriminieren ältere Menschen unmittelbar wegen des Alters und verstoßen damit gegen europäisches Recht und das Grundgesetz. So etwas kann und werde ich niemals unterstützen. Jeder muss selbst wissen, wann es gesundheitlich nicht mehr geht – so viel Eigenverantwortung muss sein.

Ich unterstütze den Bau von Windkraftanlagen im Landkreis Konstanz. Wir haben uns allesamt für eine Energiewende, das heißt für einen Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie, entschieden. Das ist richtig! Darüber hinaus erleben wir erste Auswirkungen des Klimawandels. In anderen Ländern sind diese schon heute tödlich. Damit auch Ihre Enkelinnen und Enkel eine lebenswerte Umwelt vorfinden und eine aussichtsreiche Zukunft haben können, müssen wir sobald als möglich den Ausstoß von Treibhausgasen in Europa, den USA und auch Asien erheblich senken. Um dieses Ziel zu erreichen und zugleich nicht ins elektrische Mittelalter zurückkatapultiert zu werden, müssen wir alternative, erneuerbare Energieressourcen gewinnen. Auch die Windkraft muss einen Anteil an diesem Umbau haben – auch im Landkreis Konstanz. Beim Bau von Windkraftanlagen ist darauf zu achten, dass genügend Abstand zu angrenzender Wohnbebauung gehalten wird, um Lärmimmissionen zu vermeiden. Das ist immer auch eine Frage des Einzelfalls. Aber: An einem Beitrag zu regenerativen Stromerzeugung kommen wir auch im Kreis Konstanz nicht herum. Im Übrigen ist ein ‚Windkraftspargel‘ (frei nach Horst Seehofer) immer noch schöner als ein Atompilz.